

## **Wenn aus Ausländern Wähler werden: Die ambivalente Rolle der Parteien bei der Repräsentation von Migranten in Deutschland**

*Dr. Orkan Kösemen*

Als am 19. April 2010 der damalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Berufung von Aygül Özkan als Ministerin in sein Kabinett bekannt gab, war das Presseecho groß. Özkan war die erste „Person mit Migrationshintergrund“ in Deutschland, die den Posten eines Landesministers erreicht hatte. Die Schlagzeilen „Vom Gastarbeiterkind zur Sozialministerin“ und „Das moderne Gesicht der CDU“ (Lauer 2010, Pergande 2010) stehen beispielhaft für die beiden Aspekte, die für die öffentliche Berichterstattung damals von Bedeutung waren: Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Erneuerung. Das Thema Interessenvertretung – eigentlich ein Hauptanliegen von Parteien – spielte erst kurze Zeit später eine Rolle als Özkan aufgrund ihrer Aussage über die Neutralität öffentlicher Schulen (in denen ihrer Meinung nach Kopftücher und Kruzifixe gleichermaßen keinen Platz hätten) unter Beschuss aus ihrer eigenen Partei geriet. Dieses Ereignis war ernüchternd für alle Beteiligten: Für Özkan, die anscheinend dachte, sie könne sich als migrantische Ministerin vorurteilsfrei in der Integrationsdebatte platzieren. Für die CDU, die ihre Gratwanderung zwischen dem Halten von Stammwählern und Werben um neue Wählergruppen in Gefahr sah. Und für die Medien, die in der Berufung von Özkan nun eine Schaufensterinszenierung vermuteten (Denkler 2010).

Der holprige Amtsantritt von Özkan verdeutlicht die ungewohnte Situation, in der sich die deutsche Parteienlandschaft seit ein paar Jahren befindet. Der Umgang der Parteien mit dem migrantischen Wählerpotential<sup>1</sup> ist im Allgemeinen noch unsicher. Für die Parteien ist es Normalität, ihr Verhalten im Spannungsfeld von Wählergunst, Inhalten, strategischer Positionierung, interner Ämtervergabe, Pflege der Basis und politischer Rhetorik abwägen zu müssen. Der demografische Wandel und die wachsende Zahl von migrantischen Wählern stellen die bisherigen Parteien auf die Probe, weil diese Wählergruppe im Parteienwettbewerb lange Jahre keine Rolle spielte.

Bei der Bundestagswahl 2009 waren 5,6 Mio. Personen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt, also ein Anteil von rund 9 Prozent (Bundeswahlleiter 2009, Konferenz Integrationsminister 2013:26). Diese Zahl wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten zwei Jahrzehnten deutlich erhöhen. Bisher besitzen erst 47,5 Prozent aller volljährigen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft (Konferenz Integrationsminister 2013:23). Es gibt also noch ein großes Potential an zukünftigen Wählern, die weder erst geboren, noch einwandern müssen, sondern durch Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft die Gruppe der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund vergrößern. Dies wird die Parteien aus verschiedenen Gründen zum Handeln zwingen: Die Interessen der

---

<sup>1</sup> Der Begriff „migrantische Wähler“ ist in diesem Beitrag unweigerlich mit einer gewissen Unschärfe behaftet, da er in manchen Kontexten eine Homogenität suggeriert, die er angesichts einer im Grunde sehr heterogenen Gruppierung eigentlich nicht beanspruchen kann. Insbesondere in den Abschnitten, in denen ich mich mit den Parteien im Detail befasse, wird diese Heterogenität explizit deutlich, da sich sehr unterschiedliche migrantische Gruppen von den jeweiligen Parteiprogrammen angesprochen fühlen. In den Passagen aber, in denen ich mich auf einer allgemeineren Ebene über das Verhältnis von Politik und Migranten äußere, dient die Bezeichnung als Sammelbegriff für all diese Gruppen und Milieus, wohl wissend, dass man damit den Unterschieden in Selbstverständnis, kultureller Prägung und politischer Orientierung nicht immer gerecht wird.

verschiedenen Migrantengruppen sind genauso heterogen wie ihre Affinitäten zu den verschiedenen Parteien. Darüber hinaus haben für bestimmte Migrantengruppen gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen und –befürchtungen einen Einfluss auf ihre Wahlkriterien und unterscheiden sich dadurch in ihrem Wahlverhalten von Einheimischen (Wüst 2011:173). Zudem nimmt die Parteibindung von Migranten, die bisher im Vergleich zu Einheimischen immer sehr hoch war, langsam aber stetig ab (Kroh 2009:823). Zusammengefasst: Migranten werden für die Parteien als potenzielle Wählergruppe immer wichtiger. Doch gleichzeitig wird es für die Parteien zunehmend schwerer, diese Wähler dauerhaft an sich zu binden, weil deren Wahlverhalten unberechenbarer wird. Zudem ist für die Parteien schwer zu kalkulieren, welche Effekte es auf ihre nicht-migrantische Stammwählerschaft hat, wenn sich Parteien thematisch und personell gezielt weiter für migrantische Wählerkreise öffnen. Der folgende Beitrag sondiert die Strategien der im Bundestag vertretenen Parteien im Umgang mit dieser Herausforderung.

### **Dienst am Volk: Für wen sind die Parteien da?**

Über die Rolle von Parteien steht im Grundgesetz: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Art. 21 GG). Die einzigen Pflichten, die dort darüber hinaus für sie verankert sind, beziehen sich auf das Gebot einer demokratischen inneren Ordnung, der Rechenschaftspflicht ihrer Finanzierung und dem Verbot von Handlungen und Zielen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung des Landes beeinträchtigen (Art. 21 GG). Der politisch interessierte Bürger mag von dieser unscharfen Rollenzuschreibung überrascht sein, da Parteien faktisch den zentralen Bestandteil für das Funktionieren staatlicher Strukturen darstellen: Mit ihren Abgeordneten sind sie im Parlament gesetzgebend tätig, stellen Regierungen auf Bundes- und Landesebene sowie Bürgermeister in den Kommunen, bestimmen und wählen die Verfassungsrichter, bestimmen den Staatspräsidenten und rekrutieren Personal aus ihren Reihen für Teile der Verwaltung. Parteien beeinflussen also mittel- und unmittelbar große Bereiche des öffentlichen Lebens.

Das Parteiengesetz (Parteiengesetz 2011), auf welches das Grundgesetz verweist, geht zwar auf die Aufgaben von Parteien ein, bleibt aber auch vage und hat eher einen sinnstiftenden Charakter. Die politikwissenschaftliche Perspektive auf Parteien präzisiert die weiten Vorgaben des Grundgesetzes. Dort finden sich zusätzliche Funktionszuschreibungen: Interessenartikulation der Bevölkerung, Bündelung und Verhandlung von Einzelinteressen, Einbindung der Bürger ins politische System, Formulierung und Durchsetzung von Politik, Vermittlung und Rechtfertigung von Politik sowie Rekrutierung von Personal für das politische System (Tzschätzsch 2009). Diese Funktionen sollten natürlich auch weiterhin in einer vielfältigen Gesellschaft gültig sein, in der die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Wählern wie auch unter den Parteiaktivisten zunimmt.

In der gegenwärtigen Integrationsdebatte ist der Anteil von migrantischen Mandats- und Amtsträgern so auch ein häufig angewandter Lackmustest, um zu prüfen, ob die etablierten Parteien auf die neue ethnische und religiöse Vielfalt in Deutschland bereits reagieren und sich „geöffnet“ haben. Das reine Abzählen von Mandaten bringt uns an dieser Stelle jedoch nicht zwangsläufig weiter: Die ethnische Herkunft eines Parlamentsabgeordneten lässt nur bedingt Rückschlüsse auf die politischen Inhalte zu, die er oder seine Partei vertritt, und Parteien sind nicht verpflichtet, sich

ethnisch zu „öffnen“. In der Tat muss die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung nicht 1:1 im Bundestag vertreten sein, das ist bei anderen sozialen Gruppen (wie z.B. Juristen, Lehrern, alleinerziehenden Müttern, Arbeitern und Arbeitslosen) auch nicht der Fall. So einfach funktioniert Politik nicht und so organisiert sich auch keine pluralistische Demokratie.

Die bloße Anzahl von migrantischen Volksvertretern ist für sich alleine genommen also kein guter Indikator. In einer pluralistischen Demokratie muss vielmehr eine adäquate politische Vertretung der Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen – auch und insbesondere der Migranten – gewährleistet sein und dafür ist es grundsätzlich unerheblich, ob die parlamentarischen Interessenvertreter für die Migranten einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Nur hat uns die bisherige Erfahrung gezeigt, dass die stellvertretende Interessenwahrung der Migranten durch Nicht-Migranten in der Praxis zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das ist der Funktionslogik des politischen Systems selbst geschuldet: In der Politik kommt es zu häufig zur Abwägung von Interessen verschiedener Gruppen und es kommt auch vor, dass die Interessen einer Gruppe nicht berücksichtigt werden, wenn sie nicht mit am Verhandlungstisch sitzt oder weniger Stimmgewicht besitzt. Im Fall vieler migrantischer Staatsbürger zeigt sich diese Nicht-Berücksichtigung deutlich bei den für sie wichtigen Themen wie doppelte Staatsbürgerschaft, Familiennachzug, muttersprachlicher Unterricht oder Anti-Diskriminierung. In Deutschland werden die Interessen nicht-migrantischer Gruppen priorisiert, da sie politisch einfach „mehr einbringen.“

Jenseits aller normativen Vorgaben und politikwissenschaftlichen Funktionskataloge konzentrieren sich die Bemühungen von Parteien primär auf eine Sache: Dem Gewinnen von Wahlen und dementsprechend der Erlangung von Macht zur politischen Gestaltung. Daher ist die Wahlurne immer noch der beste Hebel, wenn es um die Etablierung pluraler Interessenvertretung geht. Der CDU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber beispielsweise hat die Bundestagswahl 2002 wohl auch deswegen verloren, weil er im Wahlkampf pauschal die Wähler aus Ostdeutschland angegriffen hat: „Ich akzeptiere nicht, dass erneut der Osten bestimmt, wer in Deutschland Kanzler wird. Es darf nicht sein, dass die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen“ (Die ZEIT 2005). Obwohl politische Angriffe auf ostdeutsche Wähler seitdem der Vergangenheit angehören, braucht man nur „der Osten“ mit „die Migranten“ oder „die Ausländer“ zu ersetzen, und es ergibt sich ein Satz, der fester Bestandteil der politischen Debattenrhetorik in Deutschland ist und so oder in einem ähnlichen Zungenschlag seinen Weg in Talkshowsendungen und Bierzelte findet. Der Grund ist einfach: Mit dieser Positionierung konnte man bisher in Wahlen nur Stimmen dazu gewinnen, zumindest aber keine Wählerstimmen einbüßen.

Parteien haben grundsätzlich keinen Integrationsauftrag, sondern die Aufgabe der Interessenvertretung. Sie können sich selbst aussuchen, für welche gesellschaftliche Gruppe sie das tun möchten. Mit der wachsenden Zahl an migrantischen Wählern kommt die bisherige politische Arithmetik jedoch ins Wanken. Wenn eine größer werdende gesellschaftliche Gruppe aber keine adäquate Interessenvertretung unter den etablierten Parteien findet, entstehen mittelfristig neue politische Akteure. Die Grünen und die Piraten sind Beispiele dafür. Es liegt daher im Eigeninteresse der Parteien, ihre Positionen zu überdenken, anschlussfähig für diese wachsende Wählergruppe zu werden und eine gewisse Authentizität im Bereich „Migration und

Vielfalt“ zu erlangen. Normalerweise dauert der Aufbau von politischer Authentizität auf einem Feld viele Jahre. Migrantische Mandatsträger können hierbei nur den Anfang darstellen, eine Grundauthentizität zu generieren, mehr aber nicht. Parteien müssen Acht geben, nicht als „Kartell der Einheimischen“ wahrgenommen zu werden, die sich mit „Vielfalt“ als Worthülse schmücken, ohne, dass sich in den Entscheidungsstrukturen oder Inhalten etwas ändert.

### **Der feine Unterschied: Migranten als Wähler**

Bis in die späten 1990er Jahre war das geringe Potential migrantischer Wähler klar zwischen SPD und CDU aufgeteilt. Aussiedler aus Polen, der UDSSR/GUS und Rumänien wählten die Unionsparteien aus Dankbarkeit, sie ins Land geholt zu haben und aus einer anti-sozialistischen Einstellung heraus. Die „Gastarbeiter“ hingegen – Personen aus den Anwerbeländern Türkei, Jugoslawien, Tunesien und Marokko – wählten die Sozialdemokraten, weil viele von ihnen ihre politische Sozialisation über die Gewerkschaften erhalten hatten und die CDU einen starken national-konservativen Flügel besaß, der die meisten eingebürgerten Migranten abschreckte. Diese beiden Wählergruppen hielten sich zahlenmäßig ungefähr die Waage. Den Grünen blieben zu dieser Zeit nur die restlichen Krümel vom Kuchen übrig, da sie damals unter den türkischstämmigen Wählern wegen ihrer Positionierung im türkischen PKK-Konflikt als anti-türkisch galten und die Zahl der migrantischen Wähler im links-alternativen Milieu generell niedrig war. Die FDP sah ebenfalls wenig migrantisches Wählerpotential in ihrer Kernklientel, die hauptsächlich aus arrivierten Selbstständigen, Bildungsbürgertum und Führungskräften aus der Industrie bestand. Die PDS hatte als ein relativ neues ostdeutsches Phänomen die größte Distanz zu den Migranten aus Westdeutschland, da sie sich programmatisch auf Wendethemen und den Herausforderungen des Systemwechsels in den neuen Bundesländern konzentrierte.

Zwei Trends hinsichtlich der Gruppe der Migranten in Deutschland zeichnen sich ab, wie bereits eingangs erwähnt: Auf der einen Seite die Zunahme am Wähleranteil, auf der anderen Seite eine Abnahme der Wählerbindung. Unter den 5,6 Millionen migrantischen Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009 waren geschätzt rund 2,6 Millionen Aussiedler und wahrscheinlich rund 600.000 Personen mit türkischem Hintergrund. Die wichtigste Neuerung waren jedoch die 426.000 migrantischen Erstwähler, die seit der Bundestagswahl 2005 das 18. Lebensjahr vollendet hatten (Bundeswahlleiter 2009, Wirminghaus 2011). Angesichts des demografischen Wandels wird es immer mehr migrantische Wähler geben. Und da keine nennenswerte Zuwanderung von Aussiedlern mehr stattfindet und diese Gruppe bereits vollständig eingebürgert ist, wird sich die ethnische Zusammensetzung der gesamten migrantischen Wählergruppe verändern.

Bei der Wählerbindung sehen wir eine parallele Entwicklung bei den beiden Volksparteien. Lag die Parteibindung der „Gastarbeiter“ zur SPD in den 1980er Jahren noch bei 75 Prozent, betrug sie 2008 nur noch 65 Prozent. Nach der im Herbst 2010 durch das Buch Thilo Sarrazins ausgelösten Debatte dürfte sie weiter gesunken sein (Roßler-Kreuzer 2011). Bei den Aussiedlern sieht es ähnlich aus: In den 1990er Jahren lag ihre Parteibindung zur CDU bei 75 Prozent und ist 2008 ebenfalls auf 65 Prozent gesunken (Kroh 2009:823). Auf niedrigem Niveau existiert zwischen den beiden Volksparteien inzwischen ein Wähleraustausch bei

Gastarbeitern und Aussiedlern. Für die Nachkommen der Aussiedler ist die Ablehnung der SPD leicht gesunken, da sie selbst keine negative Erfahrung in einem linksautoritären politischen System gesammelt haben und die Partei daher wählbarer geworden ist. Mit dem Verschwinden des „stramm“ national-konservativen Flügels der CDU während der Kanzlerschaft von Angela Merkel wählen auch mehr Einwanderer aus den Anwerbestaaten und ihre Nachkommen die Union, wobei dieser Effekt weniger stark ist, als die Wählerwanderung der Aussiedler Richtung SPD (Kroh 2009:825, Wirminghaus 2011). Die Grünen konnten das Niveau der Wählerbindung unter migrantischen Wählern im Schnitt halten, bekommen aber verstärkt Zulauf von den Nachkommen der ersten Gastarbeitergeneration, die noch der SPD nahe standen. Die Linke konnte in den Jahren 2000-2008 ihre bis dahin nichtexistente Wählerbindung unter Migranten spürbar erhöhen (Kroh 2009:825). Andere Quellen bestätigen diese Trends, wenn auch mit abweichenden Zahlen. So könnte die Wählerbindung der Aussiedler zur CDU inzwischen sogar auf 38 Prozent und die der Türkischstämmigen zur SPD auf 50 Prozent abgesunken sein (Stand 2009, Wüst 2013).

Diese abweichenden Zahlen verdeutlichen das Problem: Das Wahlverhalten von Migranten ist in Deutschland bisher nur unzureichend erforscht und die wenigen Zahlen basieren auf Absichtsbefragungen. Daher ist der allgemeine Trend zwar erkennbar, explizite Angaben lassen sich daraus aber nur schwierig ableiten. Zusammengefasst lässt sich jedoch sagen, dass sich der migrantische Wähleranteil in Deutschland schrittweise ins linke Lager verschiebt, weil dort der Stimmenzuwachs am größten ist, sich aber dann auf drei Parteien (SPD, Grüne und Linke) aufteilt.

Die Gründe für existierende Parteibindungen und Wahlpräferenz von Migranten sind da aufschlussreicher: Das Wahlverhalten von Migranten wird – genauso wie bei allen Wählern – durch ihr eigenes Milieu und vorhandene gesellschaftliche Konfliktlinien (sogenannte *cleavages*) geprägt. Neben der sehr groben politischen Zuordnung, wie etwa „Gastarbeiter im Arbeitermilieu und Aussiedler im konservativen Mittelstand“, finden sich unter Migranten genau so viele verschiedene Milieus wie im Rest der Bevölkerung, wie z.B. religiöses, hedonistisches, statusorientiertes, intellektuelles oder bürgerliches Milieu (für weitere Details siehe Sinus Sociovision 2008). Das Herkunftsmilieu beeinflusst nicht unwesentlich die Parteipräferenz von Wählern; bei bestimmten Gruppen der Migranten kommt dies aber offensichtlich nicht zum Tragen, da sonst viel mehr konservative und/oder religiöse Gastarbeiter bzw. Muslime die CDU wählen würden. Bei Aussiedlern, die CDU wählen und Migranten aus dem intellektuell-bürgerlichen Milieu, die die Grünen wählen, gibt es in dieser Hinsicht hingegen keinen „Gewissenskonflikt“, Milieu und Partei passen hier zusammen.

Offensichtlich spielt der zweite Faktor „gesellschaftliche Konfliktlinien“ (Stadt-Land, Arbeit-Kapital, Kirche-Staat etc.), eine größere Rolle für das Wahlverhalten von Migranten. In diesem Zusammenhang ist die mono-multikulturelle Konfliktlinie von Bedeutung (Wüst 2011:159). Darunter ist die Positionierung der Parteien zu Ein- und Ausgrenzungsmechanismen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Migranten in Hinsicht auf Ethnie und Religion zu verstehen. Offenbar ist diese Konfliktlinie für viele Migranten viel bedeutender als für nicht-migrantische Wähler. So entscheiden sich unterprivilegierte Migranten (in Hinsicht des gesellschaftlichen Status ihrer ethnischen Herkunft und der damit verbundenen Wahrscheinlichkeit einer

Diskriminierung, wie z.B. Migranten aus den Anwerbestaaten) häufiger für Parteien, die sich gegen Ausgrenzungsmechanismen und -rhetorik positionieren. Die „privilegierten“ Migranten (z.B. Aussiedler) ziehen hingegen Parteien vor, die für eine monokulturelle Politik stehen (Wüst 2011:158-159,173).

Hier zeigt sich, dass sich bei den Grünen ihre Parteiprogrammatik und das Milieu ihrer migrantischen Wähler in Einklang befinden. Ebenso bei der CDU mit Blick auf die Gruppe der Aussiedler. Schwieriger wird es bei der SPD, da die Gruppe der Einwanderer aus den Anwerbestaaten und ihre Nachkommen inzwischen heterogener geworden ist, was sozio-ökonomische Stellung, Religion und ethnische Herkunft betrifft (aufgrund von Bildungsaufstiegen, aber auch durch Neuzuwanderung der letzten Jahre). Die SPD spricht bisher diese Gruppe mit einem Mix aus Programmatik und Milieu an. Beide Faktoren verlieren aber an Bindungskraft, einerseits wegen der Irritationen, die aus migrantenkritischen Interventionen prominenter Sozialdemokraten (wie z.B. Sarrazin oder in Teilen Buschkowsky) resultieren, und der Erkenntnis, dass diese Thesen von der Hälfte der SPD-Wähler geteilt wird (Fahrun 2010) – andererseits wegen der generellen Auflösung des klassischen Arbeitermilieus. Der größte Pluspunkt der SPD bei ihren migrantischen Wählern ist aber die klare Positionierung des politischen Gegners CDU, die sich in weiten Teilen nach wie vor als eine Partei versteht, für die eine monokulturelle und -religiöse Gesellschaft der Normalfall ist und die es deshalb (auch konservativen) Migranten unmöglich macht, sie zu wählen.

### **Inhalte und Ansprache: Die Vorgehensweise der Parteien**

Der demografische Wandel und die wachsende Gruppe der Zuwanderer werden zukünftig bei Wahlen immer stärker mitentscheiden - insbesondere in Zeiten knapper Mehrheiten. Diese Entwicklung ist den politischen Parteien in Deutschland natürlich nicht entgangen. Jenseits der üblichen Politrhetorik, mit der sich Parteien häufig plakativ an der Konfliktlinie Mono-Multikulturalismus abarbeiten, haben sie sich in den letzten Jahren vereinzelt Gedanken gemacht, wie sie auf die sich veränderte Situation reagieren sollen. Lange Zeit haben die Parteien sich so verhalten, als ob sie weiterhin einem Wahlvolk aus den 1980er und 1990ern gegenüberstünden. Das ist in Teilen nachvollziehbar. Obwohl die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren immer vielfältiger wurde, ist aufgrund der niedrigen Einbürgerungsquote in Deutschland von durchschnittlich jährlich zwei Prozent (Statistisches Bundesamt 2011) die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung tatsächlich weit weniger multiethnisch geprägt als die Wohnbevölkerung. Somit gab es bisher keinen großen Anpassungsdruck auf die Parteien, ihre Ansprache und Programmatik gegenüber Migranten zu erneuern. Dies ändert sich nun und die Parteien befinden sich in einer Phase der Neuorientierung.

Die CDU hat den größten Sprung nach vorn gemacht, ist aber aufgrund ihrer kulturell-christlich intonierten Programmatik und der Zusammensetzung ihrer Stammwähler dabei ambivalent geblieben. Die SPD verharrt in der Defensive und reagiert eher auf die Entwicklungen bei der CDU und den Grünen, als dass sie sich inhaltlich selbst weiter entwickelt. Die Grünen hingegen sind am authentischsten aufgrund ihres Personals und ihrer Programmatik und profitieren von den Fehlern der SPD und dem Aufkommen neuer urbaner Milieus. Die Linke ist auf niedrigem Niveau stabil und spricht die links-sozialistisch geprägten Migranten an, die sich bei der SPD

nicht aufgehoben fühlen. Die FDP hingegen scheint sich seit den 1990er Jahren für das Thema insgesamt nicht mehr zu interessieren, da sie bisher keine Anstalten einer irgendwie gezielten Migrantenansprache gemacht hat. Sehen wir uns die einzelnen Parteien unter diesem Gesichtspunkt genauer an.

## *CDU*

Die CDU ist die Partei in Deutschland, welche in den letzten Jahren die größte Neujustierung ihrer Politik für und über Migranten durchgeführt hat. Das ist umso erstaunlicher, als dass sie in migrationspolitischen Fragen lange Jahre zwischen wohlwollendem Paternalismus und ignoranter Abwehrhaltung pendelte. Vereinzelt Verfechter einer positiven Besetzung des Themas Integration und Zuwanderung – wie z.B. Rita Süßmuth – waren in der Partei isoliert. Diese beiden Pole innerhalb der Partei sind weiterhin präsent, jedoch hat die politische Positionierung und Rhetorik der CDU in Hinblick auf Integration und Zuwanderung eine Qualität erreicht, die man noch vor zehn Jahren von ihr so nicht erwartet hätte. Lange Zeit war das Thema Integration für die CDU ausschließlich an die „innere Sicherheit“ gekoppelt und diente wiederholt der Mobilisierung der konservativen Stammwähler. Das hat sich zuletzt 1993 in der Asyldebatte und 1999 bei der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen gezeigt. Die Interessen der sogenannten „Gastarbeiter“ und ihrer Nachkommen zählten nichts, denn die strukturelle bürgerliche Mehrheit, die in Deutschland lange Zeit existierte, wurde durch die Ansprache an die national-konservativen Wähler in Wahlen ausreichend gesichert. Hinzu kamen die übrigen Wählermilieus der CDU, die wahlweise christlich, ländlich oder kleinbürgerlich geprägt waren – alles gesellschaftliche Gruppen, die – mit Ausnahme der Aussiedler – migrantenfrei waren.

Inzwischen aber hat die CDU begonnen, die SPD auf diesem Politikfeld in die Defensive zu zwingen. Zwischen den beiden Volksparteien ist seit 2005 ein Wettlauf um migrationspolitische Glaubwürdigkeit ausgebrochen, der vordergründig durch die Ernennungen von migrantischen Landesministern entschieden werden soll. In der Tat war es die CDU, die 2010 Aygül Özkan in Niedersachsen in ein Ministeramt holte und die SPD damit überrumpelte. Dies kam nicht aus heiterem Himmel, denn die CDU-Spitze hatte bereits fünf Jahre zuvor die Weichen in diese Richtung gestellt. Als Wendepunkt kann man das Jahr 2005 bezeichnen, als die CDU den Posten der Bundesbeauftragten für Integration in der großen Koalition besetzte und einige Monate vorher bereits in Nordrhein-Westfalen mit Armin Laschet – der seine politische Karriere übrigens als Referent von Rita Süßmuth begonnen hatte – den ersten Integrationsminister Deutschlands präsentierte.

Was waren die Gründe für das Umdenken in der CDU? Der kontinuierliche Rückgang der Stimmanteile bei jungen, weiblichen und urbanen Wählern mag eine Rolle gespielt haben – durch eine veränderte Positionierung gegenüber Migranten und der gezielten Förderung von Migrantinnen in der Partei erhofft sich die Partei gleich bei allen drei Wählergruppen einen Zugewinn an Attraktivität. Die Tatsache, dass die migrantischen Persönlichkeiten und „Newcomer“ in der CDU wie auch in der SPD nahezu ausschließlich weiblich sind, lässt den Rückschluss zu, hier sollen gleich zwei parteipolitisch unterrepräsentierte Gruppen auf einmal abgedeckt werden. Dazu passt die Förderung von Quereinsteigern, die jenseits der üblichen Kandidatenrekrutierung (Ochsentour, Stallgeruch, Regionalproporz) eine neue

Vorgehensweise darstellen, um in der Ansprache von Migrantenmilieus schnelle Erfolge vorweisen zu können. Aygül Özkan wurde – in der Politik nicht ungewöhnlich – nach ihrem Parteieintritt 2004 aufgebaut und bereits 2008 auf dem 1. Integrationskongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Fachpublikum präsentiert (CDU/CSU Bundestagsfraktion 2008). Auch aus Armin Laschets früheren Ministeriumsumfeld werden vielversprechende junge Kandidatinnen gefördert. Prominente Beispiele sind Cemile Giousouf, die für einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl 2013 nominiert wurde (Ackeren 2013) und Serap Güler, MdL Nordrhein-Westfalen, die Dezember 2012 in den CDU-Bundesvorstand gewählt wurde. Neben Güler sind seit dem ebenfalls Aygül Özkan und Younes Ouaqasse im Bundesvorstand vertreten und die bisher einzige Person mit Migrationshintergrund dort, Emine Demirbüken-Wegner, ist sogar ins Präsidium aufgestiegen. Somit ist der Anteil der Migranten in den obersten Parteigremien Bundesvorstand bzw. Präsidium von CDU und SPD ähnlich hoch – 4 von 49 in der CDU, 3 von 35 in der SPD (Bax 2012, Roßmann 2012, SPD 2013, CDU 2013).

Was jetzt wie eine Abkehr von ehemals konservativen Leitideen wirkt ist aber nur die halbe Wahrheit. Zwar hat sich nach dem anfänglichen Top-Down-Ansatz in Sachen Migranten inzwischen eine kritische Masse an Akteuren in der CDU gefunden, die das Thema progressiv vorantreiben will. Aber es gibt nach wie vor wichtige innerparteiliche Gruppen, die damit ein Problem haben, sowie eine starke Veto-Minderheit in der Parteiführung, die sicherstellt, dass keine allzu großen Konzessionen an migrantische Wähler gemacht werden, die die Stammklientel der CDU verschrecken könnte. So hat z.B. die Seniorenunion 2010 die Streichung des Kindergeldes für nicht-EU-Migranten gefordert (Handelsblatt 2010). Es ist offensichtlich, dass die Partei mit sich selbst ringt, zumindest aber versucht mit klassisch nationalkonservativen Statements Stammwähler zu adressieren, während die migrantische Personalpolitik zukünftige Neuwähler im Visier hat. Es ist wesentlich dieser Doppelstrategie geschuldet, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel noch 2010 erklärte, „Multi-Kulti sei gescheitert“ (Handelsblatt 2010), während ihre Partei gleichzeitig die oben erwähnte Öffnung für junge Politiker mit Migrationshintergrund forcierte. Merkels Aussage hat rein politische Gründe, denn inhaltlich ist sie nicht haltbar, zumal in Deutschland noch nie eine Politik des Multikulturalismus betrieben wurde, somit also auch nicht scheitern konnte (Kymlicka 2012).

Was die Inhalte betrifft, blieb die CDU in den letzten Jahren migrationspolitisch auf einem Kurs des generellen Status Quo, der Erleichterungen wie die verbesserte Anerkennung ausländischer Abschlüsse mit einschloss, aber auch Schritte in Richtung Verschärfung vorwies, wie z.B. beim Familiennachzug. Das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde von der CDU umgedeutet: Verstanden sich die früheren Amtsinhaberinnen noch als Anwalt der Interessen der Migranten, sieht die derzeitige Amtsinhaberin Maria Böhmer ihre Rolle eher darin, Migranten die Regierungspolitik zu erläutern. Fachlich mangelt es der CDU in der Breite. So gibt es auf Bundesebene kaum einen CDU-Abgeordneten oder Parteifunktionär, der inhaltlich zu den Themen Integration, Zuwanderung oder Anti-Diskriminierung aussagefähig ist oder in den Fachdebatten präsent wäre. Dieses Feld wurde bis zu ihrem Wechsel ins Ministeramt 2009 von Kristina Schröder, der damaligen Fachsprecherin für Islam, Integration und Extremismus (sic!) bearbeitet, die das Thema der angeblichen Deutschenfeindlichkeit unter Migranten zur Priorität erhob (Böcking 2010).



Insgesamt zeugt die rhetorische Flexibilität in Sachen Migranten und Zuwanderung innerhalb des Kabinetts Merkel – wie gegensätzlich intonierte Aussagen von Wolfgang Schäuble, Ursula von der Leyen, Kristina Schröder und Hans-Peter Friedrich belegen – entweder vom Mangel eines abgestimmten Politikentwurfs oder vom Versuch, es irgendwie allen gegenwärtigen und potentiellen Wählergruppen recht zu machen. Insbesondere die CSU sieht sich selbst als Bollwerk gegen jegliche Kursänderung. Aussagen wie z.B. die von Horst Seehofer, er werde sich in der Regierungskoalition „bis zur letzten Patrone gegen Zuwanderung wehren“, erhalten aus der CDU keinen prominenten Widerspruch (Gathmann 2011). Möglicherweise ist die Rhetorik der CSU das letzte Aufbäumen vor einer Zeitenwende im Umgang mit dem Themenkomplex Integration/Migration, zumindest wird deutlich, dass sich die beiden Unionsparteien bei diesen Themen immer deutlicher auseinander entwickeln.

Die geplante Strategie der CDU für die Bundestagswahl 2013 fasst Bülent Arslan, Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums der CDU, zusammen: „Mit neuem Stil die Wähler für bewährte Inhalte erwärmen.“ (Ackeren 2012) Übersetzt bedeutet dies eine rhetorische Abrüstung gegenüber Migranten und die Präsentation von neuem migrantischen Parteipersonals, ohne jedoch inhaltlich von der bisherigen CDU/CSU-Linie abzuweichen. „Wir werden deutlich nach vorn gehen bei der Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund“ (Ackeren 2012) so CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Parallel bekräftigte Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Rückendeckung von Merkel, die bestehende Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit (Blome 2013, Weckwerth 2013). Die Idee dahinter: Durch personelle Profilierung ein milieubedingt konservatives Wählerpotenzial (bei Themen wie Familie, Tradition, Religion etc.) für die CDU erschließen, das sich bisher aufgrund der migrantenfeindlichen und migrantenarmen Außendarstellung der Partei nicht dazu durchringen konnte, die CDU zu wählen.

Das Problem dieser Strategie: Sie wird nicht funktionieren, zumindest nicht kurz- oder mittelfristig. Nicht nur, weil die Union in der Ansprache von Migranten weiterhin höchst ambivalent ist (verständlicherweise, denn sonst würde die Diskrepanz zu den Inhalten deutlicher). Sondern auch aufgrund der Tatsache, dass migrantischen Wählern die Konfliktlinie Mono-Multikulturalismus für ihre Wahlpräferenz deutlich wichtiger ist als andere Politikbereiche (Wüst 2011:159). Es geht letztendlich hier um Anerkennung und Akzeptanz der eigenen Existenz als Person und nicht um Steuersätze und Familienpolitik. Auch Vertrauen spielt eine große Rolle, ob eine Partei wirklich meint, was sie sagt. Und dies wird Schritt für Schritt und nur langsam aufgebaut. Die anfangs erwähnte Episode um Aygül Özkan ist ein Beispiel für die Konsequenzen der Strategie „neuer Stil, bewährte Inhalte“, die zu kurz greift. Die CDU müsste ihre „bewährten Inhalte“ an bestimmte Migrantengruppen anpassen – mit der Konsequenz, sie auch wirklich zu ändern. Die Religiosität von Muslimen, die Fähigkeit zum Patriotismus von Deutsch-Türken oder die Kinderliebe von Migranten wären potentielle Merkmale, an die die CDU andocken könnte, falls sie die programmatische und emotionale Kraft aufbringt, eine inhaltliche Synthese zu vollziehen.

## *SPD*

Keine Betrachtung der SPD kommt um Thilo Sarrazin und dessen Buch „Deutschland schafft sich ab“ herum. Die Diskussion um Sarrazins Thesen war der

Moment in der deutschen Integrationsdebatte, der manch rassistische Einstellung in der Bevölkerung offenbarte, aber auch der Öffentlichkeit und der SPD-Parteiführung selbst vor Augen führte, dass das Image der „Gastarbeiterpartei“ auf einer historischen Wahrnehmung beruht, die so nicht mehr der Gegenwart entspricht. Der Fall Sarrazin hat auch gezeigt, dass die SPD vor den politischen Kosten zurückschreckt, die eine überzeugende Korrektur dieses Imageschadens bei ihren nicht-migrantischen Wählern wahrscheinlich mit sich gebracht hätte. Um es vorweg zu sagen: SPD-Wähler sind im Durchschnitt nicht mehr oder weniger ausländerfeindlich eingestellt als z.B. jene der CDU, der FDP oder der Linken (Decker 2012:44). Daher überrascht es nicht, dass jeder zweite SPD-Wähler Sarrazins Aussagen zustimmt (ZDF-Wahlbarometer 2010). Migranteneindliche Einstellungen von Wählern demokratischer Parteien haben nicht primär mit linker oder rechter Politik zu tun, sondern eher mit dem gesamtgesellschaftlichen Klima und darüber hinaus damit, wie offensiv oder passiv die Parteien gegen existierende Rassismen in *Wort und Tat* vorgehen und somit ausländerfeindlich denkende Wähler abstoßen oder dulden. Die SPD, als Partei mit der sozialen Gerechtigkeit als Leitwert, muss hier vorsichtig sein. Es wird nämlich für sie besonders problematisch, wenn es wie im Fall der Sarrazin-Thesen offenbar wird, dass für einen bestimmten Teil der Bevölkerung – nämlich Muslime und Migranten aus der Unterschicht – diese Werte nicht gelten sollen. So gesehen hätte Thilo Sarrazin nicht nur wegen seiner rassistischen Äußerungen aus der Partei ausgeschlossen werden müssen, sondern auch, weil er das ur-sozialdemokratische Prinzip der Chancengerechtigkeit beim sozialen Aufstieg verneinte. Programmatisch hat Sarrazin die Partei nicht zurückgeworfen, jedoch eine Vertrauensdelle bei muslimischen SPD-Wählern verursacht.

Natürlich ist es besonders schwierig für eine Volkspartei, die regelmäßig die Interessen verschiedener Wählergruppen austarieren muss, auf eine öffentliche Entweder-oder-Entscheidung wie das Parteiausschlussverfahren gegen Sarrazin reduziert zu werden. Das Hauptproblem für die sozialdemokratische Glaubwürdigkeit war nur, dass es nichts gab, das die SPD ihren migrantischen Wählern als substantielle Kompensation für den Verbleib von Sarrazin in der Partei anbieten konnte. Wenn Sarrazin das eine Extrem innerhalb der SPD darstellte, wo war das andere Extrem, dass sich in der selben Vehemenz für die Vertretung migrantischer Interessen einsetzte? Das war auch Parteichef Sigmar Gabriel schmerzhaft bewusst. Er hat trotz großem Widerstand in der Parteispitze zügig eine Zielvorgabe von 15 Prozent Migranten in Spitzengremien durchgedrückt (Sattar 2011). Ein Ad-hoc-Manöver, das wie ein Feigenblatt anmutet und wahrscheinlich nicht zu mehr Glaubwürdigkeit bei migrantischen Wählern geführt hat.

Die SPD hat offensichtlich den Anschluss zu den politischen Entwicklungen in der Diskussion um Migration verloren und wirkt jetzt wie eine gehetzte Partei, die merkt, dass alte Gewissheiten nicht mehr zählen. Drei Jahrzehnte lang war die SPD als selbsternannte Partei der kleinen Leute die natürliche politische Heimat der Gastarbeiter (also den meisten Migranten außer den Aussiedlern). Doch hat die Partei diese Beziehung kaum aktiv gestaltet und ist nach der Koch-Kampagne im hessischen Landtagswahlkampf 1999 eingeknickt. Das stärkste Argument für die SPD war ein bloß indirektes, nämlich der Umstand, dass die anderen Parteien noch weniger zu den Migranten passten. Zwar waren typische SPD-Milieus und deren Interessen zu keiner Zeit komplett deckungsgleich mit den Präferenzen beträchtlicher Teile migrantischer SPD-Wähler. Es reichte aber in der Parteienkonstellation zwischen 1970 und 2000 aus, um die meisten Wähler aus den früheren

Anwerbestaaten an sich zu binden. Das hat sich erst durch die Grünen ab ihrer Regierungsbeteiligung 1998 und die CDU mit der großen Koalition ab 2005 geändert. Zu der neuen, punktuell starken (Grüne und Linke) sowie der breiten, aber inhaltlich schwächeren Konkurrenz (CDU) um Migrant\*innenwähler kamen zudem noch die eigenen Unzulänglichkeiten, wie eben Sarrazin, dazu. Die SPD hat es versäumt, in diesen Jahren programmatisch in die Offensive zu gehen, um die negativen Konsequenzen bei der Wählerbindung zu kompensieren. Die Berliner taz bringt es giftig auf den Punkt: „So hochnäsiger wie über Migrant\*innen hat man in der SPD auch schon auf Arbeiter und Arbeitslose geblickt: Stammklientel, die lästig fällt. Bis die Arbeiter und Arbeitslosen der SPD den Rücken kehrten.“ (Reinicke 2011).

Die explizite Vertretung von Migrant\*innen ist auf der Prioritätenliste der SPD noch nie ganz oben gewesen. Migrant\*inneninteressen ließen sich leicht in die bestehende Programmatik der SPD einbinden, ohne dass man sich groß inhaltlich verändern musste. Es ging ja generell um Gerechtigkeitsfragen und die allgemeine Vertretung von Arbeitern und kleinen Angestellten, da waren Migrant\*innen eine Gruppe unter vielen, für die die SPD Politik betrieb. Integrationspolitik wurde auf der Bundesebene hingegen immer beim Koalitionspartner abgeladen, um im Gegenzug durch den eigenen Innenminister die politische Flanke „innere Sicherheit“ abzusichern. Die rot-grüne Bundesregierung hat Beträchtliches in dieser Hinsicht bewegt, nur haben die Grünen dadurch mehr profitiert als die SPD mit ihrem Innenminister Otto Schily, in dessen Aufgabenbereich die Integrationspolitik zwar formal lag, der sich aber nicht in diesem Bereich profilieren wollte. Den gleichen Fehler hat die SPD 2005 begangen, als sie den Posten der Bundesbeauftragten für Integration der CDU überließen, die dann anfangs, in der Integrationspolitik aufzuholen (Integrationsgipfel, Islamkonferenz) und die Deutungshoheit der gemeinsamen Regierungsarbeit auf diesem Feld beanspruchte. Es waren die Jahre, in denen die SPD durch den Koalitionsvertrag auf einen inhaltlichen Status-quo gezwungen wurde (Alscher 2005) und dann auf einmal im direkten Vergleich zur CDU und ihrer Symbolpolitik schlecht da stand. Die Gründe, warum die SPD sich ohne Widerstand von der CDU auf dieses Glatteis hat führen lassen, sind nicht bekannt. Es passt aber zum Mangel an politischem Gespür der SPD auf diesem Feld. So hat sie z.B. seit 1981 auf Bundesebene das Amt des Bundesintegrationsbeauftragten nicht für sich beansprucht.

Man sollte zwar den Posten eines Integrationsbeauftragten nicht überbewerten, da dieses Amt mehr einen Symbolcharakter besitzt als dass es mit politischer Macht ausgestattet ist. Es ist ein Baustein unter vielen, mit dem sich eine Partei Glaubwürdigkeit bei migrantischen Wählern erarbeiten kann – und falls die Person ihr Amt authentisch und überzeugend ausfüllt, sind es leicht gewonnene Sympathiepunkte bei dieser Zielgruppe.

Obwohl die SPD inzwischen ins Hintertreffen beim gegenwärtigen Wettbewerb um eben diese Glaubwürdigkeit gekommen ist, scheint sie erst langsam umzusteuern. Und auch nur dort, wo die CDU oder die Grünen ihr politisch spürbar zugesetzt haben: In NRW, wo sie etwas bieten musste, um das Erbe des in der Migrationspolitik sehr aktiven CDU-Politikers Armin Laschet verblässen zu lassen, und in Baden-Württemberg, wo die Wählerwanderung der Migrant\*innen von der SPD zu den Grünen aufgrund von Sarrazin wahrscheinlich mit dazu beigetragen hat, warum sie jetzt nur der Juniorpartner in der Regierung ist. In NRW wurde 2012 der bundesweit erste islamische Religionsunterricht eingeführt und mit Zülfiye Kaykin wurde eine Migrantin mit beruflicher Praxiserfahrung auf diesem Feld zur

Staatssekretärin und Integrationsbeauftragten gemacht. Dagegen wurde in Baden-Württemberg gleich ein eigenes Integrationsministerium geschaffen und Bilkay Öney als Ministerin berufen. Öney ist zupackend und nutzt den gesamten Spielraum eines Landesministeriums, um Erleichterungen in vielen Bereichen durchzusetzen, die der Vorgängerregierung als nicht wünschenswert galten (Mitentscheidung von Migranten in der Härtefallkommission, anonymisiertes Bewerbungsverfahren, Lockerung der Unterbringungspraxis bei Flüchtlingen, Kulanz bei der Optionspflicht, Länderanerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse, Erleichterung bei der Einbürgerung ausländischer Studenten). Sie zeigt dadurch: Wenn eine Landesregierung wirklich will, kann sie einiges verändern.

An diesen beiden Beispielen wird aber auch eines der Hauptprobleme der SPD deutlich: Ihr fehlen ausreichend Migrant\*innenpersönlichkeiten in ihren Reihen, die innerparteilich und inhaltlich etwas bewegen können und nach außen Migrant\*innenwähler authentisch und glaubwürdig ansprechen, ohne die restlichen Wähler zu irritieren. In NRW hat 2010 die SPD händeringend nach einer migrantischen Person gesucht, aber weder intern noch extern jemand Passenden finden können. Bilkay Öney in Baden-Württemberg war ein Import aus Berlin und zudem als Ex-Grüne bei ihrer Berufung ins Ministeramt auch nur zwei Jahre in der SPD. Allein Aydan Özoğuz, seit 2011 stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, hat aktuell das Format, um der SPD in diesem Feld wieder mehr Ausstrahlung verleihen zu können. Sie ist neben Cem Özdemir die einzige migrantische Parteipersonlichkeit in Deutschland, die Authentizität, Parteiverwurzelung und Parteieinfluss kombiniert sowie migrantische- und nicht-migrantische Wähler ähnlich gut anspricht.

Auf der kommunalen und der Länderebene ist die SPD beim Personal im Vergleich zu den Grünen nicht viel schlechter aufgestellt, rund ein Drittel aller migrantischer Stadträte und knapp die Hälfte aller migrantischen Landtagsabgeordneten in Deutschland haben ein SPD-Parteibuch (obwohl letztere sich weitgehend auf Bremen, Berlin und Hamburg konzentrieren). Das Problem ist aber die niedrige absolute Zahl migrantischer Mandatsträger im Allgemeinen: Nur 5 Prozent der SPD-Stadträte sind Migranten, ähnlich gering ist der Anteil unter SPD-Landtagsabgeordneten (Schönwälder 2011:34-35, eigene Berechnungen). Es ist keine Überraschung, dass nicht genug profilierte Köpfe in exponierte Positionen gelangen – die zahlenmäßige Ausgangsbasis ist zu klein. Was die SPD als eine Volkspartei nicht durch programmatische Zuspitzung hinbekommen kann, sollte sie durch Masse an migrantischen Persönlichkeiten zu kompensieren versuchen, die auch öffentlich sichtbar sind. Die Vorgehensweise der CDU, wo einzelne Migranten direkt auf höheren Parteiebenen platziert und präsentiert werden, könnte der SPD als Vorbild dienen. Dennoch: Personen ersetzen keine Inhalte, sie können aber der Parteirhetorik Authentizität beisteuern. Letztendlich muss die SPD nicht nur versprechen, für Migrant\*inneninteressen einzustehen, sondern auch Ergebnisse „liefern“. Insbesondere muss sie Migrant\*inneninteressen gegenüber der CDU durchsetzen. Falls sich die SPD in Zukunft eine weitere Phase des inhaltlichen Stillstandes, wie die Zeit während der großen Koalition von 2005-2009, leisten sollte, wird sie das höchstwahrscheinlich mit einem großen Glaubwürdigkeitsverlust bei ihren migrantischen Wählern bezahlen.

*Die Grünen*

Die Grünen sind mit Abstand die „migrantischste“ Partei, was Inhalte, aber auch Köpfe betrifft. Zwar gibt es keinen einzigen migrantischen Landesminister mit grünem Parteibuch, aber die Zahl ihrer migrantischen Bundestagsabgeordneten in Relation zur Fraktionsgröße stellt mit 8,8 Prozent die anderen Parteien in den Schatten (zum Vergleich: Linke 8,0 %, SPD 3,4 %, FDP 2,2 % und CDU/CSU 0,4 %, vgl. Mileva 2011, Migazin 2009, eigene Berechnungen). Auf der Ebene der Bundesländer wird es noch deutlicher, dort stellen die Grünen alleine knapp ein Drittel aller migrantischen Abgeordneten in den 16 Landesparlamenten (eigene Berechnungen). Das in den bundesweiten Medien präsente migrantische Personaltableau ist mit Cem Özdemir, Omid Nouripour, Jerzy Montag, Josef Winkler, Memet Kilic und Tarek Al-Wazir breiter und vielfältiger als das der anderen Parteien. Den größten Unterschied macht aber nicht die Zahl oder die ethnische Herkunft aus, sondern die Tatsache, dass diese Politiker sich – mit Ausnahme von Kilic – vom Thema Integration gelöst haben und in ihrer parlamentarischen Arbeit andere Themen besetzen. In dieser Hinsicht sind die Grünen den anderen Parteien mindestens ein Jahrzehnt voraus und weichen erfolgreich die gesellschaftliche Stereotype „Migranten können und sollen nur Migrantenthemen bearbeiten“ auf. Aber auch dies war in der grünen Partei nicht von vornherein selbstverständlich: So mussten sich Özdemir und Nouripour in ihrer parlamentarischen Anfangszeit am Thema Integration abarbeiten, bevor sie sich anderen Themen zuwenden konnten – eine Tatsache, die viele migrantische Abgeordnete unabhängig der Parteizugehörigkeit in Gesprächen durchblicken lassen. Die 1993 gegründete Vorfeldorganisation Immigrün, in der damals viele der heute prominenten Migrantenpersönlichkeiten der Grünen Mitglied waren, existiert inzwischen nicht mehr. Der Schub an Ämtern, Stellen und Mandaten auf Landes- und Bundesebene, die ab dem Regierungswechsel 1998 für diese Personen offen standen, scheint Immigrün letztendlich die Existenzgrundlage entzogen zu haben.

Für die Ansprache migrantischer Wähler müssen sich die Grünen nicht verbiegen, zumal die Verteidigung der Rechte von Minderheiten (z.B. Homosexuelle) oder die Akzeptanz alternativer Lebensstile zum Grünen Markenkern gehören und sich diese Authentizität sehr einfach auf die Interessen einer bestimmten Gruppe von Migrantenwählern übertragen lässt, die stärker politisiert und weniger kulturell gebunden ist. Die migrantische Parteibindung ist bei den Grünen zwar deutlich geringer als bei der SPD und der CDU, sinkt aber im Gegensatz zu diesen mit den jüngeren Generationen nicht, sondern steigt weiter an und ist insbesondere bei EU-Migranten am höchsten. Bei den Aussiedlern ist die Parteibindung am geringsten, was nicht überrascht (Parteibindung unter der 2. Generation Gastarbeiter 10 %, 2. Generation EU-Migranten bei 17-19 %, Aussiedler 4 %, vgl. Kroh 2009:824).

Ein Detail ist besonders bemerkenswert bei den Anhängern der Grünen: Der Anteil der Hochgebildeten bei migrantischen und nicht-migrantischen Wählern ist ähnlich hoch (17 und 14 %, vgl. Kroh 2009:824). Beide Wählergruppen entsprechen demselben Typ: gebildet, jünger bis mittleren Alters, urban, etablierte Mittelschicht und links-alternativ oder links-liberal geprägt. Somit befinden sich die Grünen in der komfortablen Situation, dass ihre typischen Wählermilieus und die Positionierung entlang der Konfliktlinie Mono-Multikulturalismus weitgehend zusammen passen und dadurch die betreffenden migrantischen Wähler gleich doppelt angesprochen werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass die Grünen ihr migrantisches Wählerpotential weitgehend ausgeschöpft haben und in diesem Segment kurzfristig nur noch bei Migranten dazugewinnen können, die sich enttäuscht von der SPD abwenden.

Gegen eine erfolgreiche Positionierung der Grünen gegenüber der gesamten Breite der migrantischen Wähler sprechen verschiedene Faktoren: Ein Großteil der Migranten fällt wegen ihrer Zugehörigkeit zu Milieus weg, in denen die Grünen generell wenig gewählt werden. Bei den Aussiedlern, aber auch bei vielen religiösen Muslimen hat dies kulturelle Gründe (die sich auch an der Programmatik zu Gesellschaftsfragen oder Ökologie festmachen lassen). Bei einem großen Teil der Gastarbeiter ist es das niedrige Bildungsniveau. Die bisherige grüne Schulpolitik, die auf eine gemeinsame Beschulung aller Gesellschaftsgruppen abzielt und dadurch mehr migrantische Bildungsaufsteiger hervorbringt, kann langfristig zu einem stabilen Zuwachs an migrantischen Wählern führen. In Anbetracht der steigenden Akzeptanz der Grünen bei „bürgerlichen“ Wählern der Mitte ergeben sich hier zukünftige Konfliktpotentiale. Die Grünen sind die Partei, deren Wähler bundesweit die geringste ausländerfeindliche Einstellung zeigen, ganz ohne Ressentiments sind sie jedoch nicht (Decker 2012:44). Je mehr die Grünen in das bürgerliche Milieu vorstoßen, desto mehr Wähler werden sie gewinnen, die mit der Konfliktlinie Mono-Multikulturalismus nichts anfangen können und sich sogar in bestimmten Bereichen von Migranten bewusst abgrenzen (z.B. bei der Schulwahl ihrer Kinder).

Die Herausforderung – aber auch die gesellschaftliche Aufgabe – der Grünen wird die Heranführung dieses bürgerlichen Milieus an ethnische und religiöse Vielfalt sein.

Die Frage nach der Repräsentation von Migranten sollte nicht auf die Zahl der migrantischen Gesichter und Mandatsträger beschränkt werden und sie wird dadurch auch keinesfalls befriedigend beantwortet. Die Grünen sind aber an einem Punkt, an dem sie nicht nur für Migranten und ihre Interessen sprechen, sondern für migrantische Normalität – zumindest in ihren Stammmilieus – stehen. Das ist für eine kleine Partei auch unbestritten einfacher als für eine Volkspartei. Der Weg dahin ist aber ähnlich schwierig. In den 1990er Jahren war z.B. Cem Özdemir dem typischen türkischstämmigen Wähler weitgehend fremd und er musste – auch durch türkischsprachige Wahlspots – und Grundlagenarbeit sich an sie erst herantasten. Die Grünen galten damals unter Türken als pro-kurdisch und pro-armenisch, weil die Partei sich gegen die einseitige Betrachtung von Konflikten wehrte. Inzwischen ist Özdemir Parteivorsitzender und strahlt dadurch eine Normalität aus, die den anderen Parteien abgeht. Diese Normalität wird auch in Teilen der Gesamtbevölkerung honoriert – Özdemir gewann bei der Bundestagswahl 2009 im Wahlkreis Stuttgart I 29,9 Prozent der Stimmen und reduzierte damit den Vorsprung der CDU zu den Grünen bei den Erststimmen von rund 30 auf 5 Prozent (Welt 2009).

### *Die Linke*

Die Linke war sich ihrer milieu- und geschichtsbedingten Distanz zu migrantischen Wählern bereits bewusst, als sie noch als PDS eine rein ostdeutsche Regionalpartei war. Insbesondere im urbanen Berlin musste sich die damalige PDS in dieser Hinsicht neu aufstellen- Berlin als wohl das einzige deutsche Bundesland mit einer Wählerschaft, das sowohl ein starkes ostdeutsches Element wie auch Migranten westdeutscher Prägung enthält. Das war dort auch notwendig, um im politischen Wettbewerb gegenüber der SPD und den Grünen – traditionell migrantenfreundliche Parteien – mithalten zu können.

Bei der Frage, welche Migrantengruppe die PDS direkt ansprechen sollte, fiel die Wahl schnell auf die Kurden. In wie weit dies rein taktisches Kalkül war oder nur Zufall, ist offen, aber kurdische Wähler stellen ein „natural fit“ für die PDS/Die Linke dar. Viele politisch aktive Kurden sind links bis links-sozialistisch geprägt aufgrund des Kurdenkonflikts in der Türkei. Der Militärputsch von 1980 in der Türkei hat viele linke Aktivisten – Kurden wie Türken – nach Deutschland vertrieben. Außerdem hatten diejenigen Kurden, welche sich selbst als kurdisch definierten, ein Problem mit der SPD, weil dort die internen Migrantengruppen stark von Türken (bzw. Kemalisten) geprägt sind. Mit der Öffnung gegenüber kurdischen Personen und Interessen hat sich die Linke ein migrantisches Potential erschlossen, für das sie sich inhaltlich nicht einmal neu positionieren muss. Gegenwärtig ist die Linke die Partei mit den meisten kurdischstämmigen Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene. Interessanterweise hat die Linke dadurch den Grünen das Etikett der pro-kurdischen Partei unter den Türken abgenommen, das diese Mitte der 1990er Jahre noch besaß. Auch dadurch konnten die Grünen in den Regierungsjahren ab 1998 als Türkei- und türkenfreundliche Partei bei der migrantischen Zielgruppe durchdringen.

Ein fehlgeschlagener Versuch der Linken, in das türkischstämmige Wählerreservoir der SPD einzudringen, stellt das Bundestagsmandat von Hakki Keskin dar. Keskin, Gründer und damaliger Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD), war 2005 nach 30 Jahren Parteizugehörigkeit und vier Jahren als Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft wegen ihrer Sozialpolitik aus der SPD ausgetreten. Der damalige PDS-Parteichef Lothar Bisky hatte Keskin als parteilosen Bundestagskandidaten gegen Widerstände aus der eigenen Partei auf den sicheren Listenplatz 4 setzen lassen (Sey 2005a). Neben dem medialen Effekt, einen langjährigen Ex-Genossen aufzustellen, verband die PDS-Führung mit seiner Kandidatur weitere Hoffnungen. „Keskin soll für die erhoffte Westausdehnung der PDS [...] Wähler ohne DDR-Biographie ansprechen, vor allem türkische Migranten, aber auch versprengte West-Berliner Linke, die bislang Berührungsängste mit der vermeintlichen Ostpartei hatten.“ (von Törne 2005). Möglicherweise ließ sich die PDS von Keskins Aussage locken, dass die TGD eine Wahlempfehlung an alle türkischen Wähler aussprechen werde (Sey 2005b). Das zeugt von wenig Ahnung der damaligen Parteiführung über türkischstämmige Wähler, die weder ein homogener Block sind, noch geschlossen einer Wahlempfehlung eines Vereins folgen, der nur einen überschaubaren Teil der türkischstämmigen Wähler anspricht.

Dass zudem das Mandat für Keskin nicht zur übrigen Migrantenstrategie der Partei passte, zeigte sich bald. Keskin sollte türkischstämmige Wähler der ersten Generation ansprechen, die wie er in der Türkei sozialisiert wurden und anschließend als junge Männer nach Deutschland gekommen sind. Der politische Diskurs in diesen Migrantenkreisen zeigt sich stark kemalistisch und patriotisch geprägt, was an den relativierenden Aussagen von Keskin über den Völkermord an den Armeniern in der Türkei während des ersten Weltkrieges deutlich wurde. Keskin trat als Sprachrohr für eine Position der Zielgruppe auf, obwohl diese völlig quer lag zu der links-revolutionären Programmatik und kurdisch-geprägten Migrationspositionierung der Partei (und der allgemeinen Position aller im Bundestag vertretenen Parteien). So wurde er für die Partei zur politischen Belastung, ohne dabei neue Wählerstimmen gewinnen zu können.

Im Gegensatz dazu stellt die Linke mit Sevim Dağdelen seit 2005 eine Bundestagsabgeordnete, die das Thema Zuwanderung und insbesondere Anti-

Diskriminierung vorantreibt. Bei ihr wird deutlich, dass sie diese Themen weniger aus ethnischer Perspektive, sondern aus einem dezidiert linken Weltbild heraus bearbeitet. Sie ist in ihrer Weise authentisch, erfüllt aber eher die Aufgabe der inhaltlichen Unterfütterung der Parteipositionen und des parlamentarischen „watchdogs“, als dass sie erkennbar türkischstämmige Wähler an die Partei binden könnte. Dennoch ist die Linke seit ihrer Gründung als PDS einen weiten Weg gegangen und stellt gegenwärtig auf Bundes- und Landesebene hinter der SPD und den Grünen absolut und relativ die dritthöchste Zahl an migrantischen Abgeordneten (eigene Berechnungen, Schönwälder 2010:32).

## *FDP*

Die FDP legt bei diesem Thema eine gewisse Schizophrenie an Tag. Obwohl sie lange Zeit das Potential besaß, sich gegenüber migrantischen Wählern zu profilieren, hat die Partei das Thema in den letzten 15 Jahren ausdauernd ignoriert. Das war nicht immer so. Die FDP stellte zwischen 1981-1998 mit Liselotte Funcke und Cornelia Schmalz-Jacobsen zwei Integrationsbeauftragte (damals noch Ausländerbeauftragte), die sich engagiert für Migrantenrechte und ein modernes Einwanderungsrecht einsetzten. Seit 1993 gibt es mit der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung eine Vorfeldorganisationen der Partei, die zwar weitgehend ein Schattendasein führt, aber damals mit dem Gedanken gegründet wurde, die Partei anschlussfähig gegenüber Migranten zu machen. Darüber hinaus hatte die FDP bereits 1999 mit Mehmet Daimagüler als erste deutsche Partei ein türkischstämmiges Mitglied im Bundesvorstand. Obwohl die FDP beim Thema Staatsbürgerschaft und Zuwanderung inhaltlich immer näher bei SPD und den Grünen lag, konnte sie sich niemals wirklich von der Linie der CDU emanzipieren. Den Kompromiss 1999 beim Staatsbürgerrecht, der zum Optionsmodell führte, hatte die FDP zwar mit Rot-Grün ausgehandelt, jedoch hat sie diese Übereinkunft weder offensiv genutzt, noch ist das Optionsmodell aufgrund seiner Schwächen ein Beweis inhaltlicher Expertise (Alscher 1999). Daimagüler trat 2008 frustriert aus der FDP aus, nachdem er gemerkt hatte, dass sich in der Partei inhaltlich zu diesem Thema nichts bewegt. Auch als die FDP mit Philipp Rösler einen migrantischen Bundesminister – erneut als erste Partei in Deutschland – gestellt hat, ist es weder ihm selbst noch der Partei eingefallen, dies als positive gesellschaftliche Errungenschaft darzustellen. Mit der Verleihung des Friedenspreises 2010 an die polarisierende Schriftstellerin Necla Kelek, die in islamkritischen Kreisen als Kronzeugin gegen Zuwanderung gilt, schaffte es die FDP-nahe Naumann-Stiftung sogar zu einem Zeitpunkt ein Anti-Signal an viele Migranten zu setzen, während die CDU bereits einen neuen Kurs bei dieser Zielgruppe eingeschlagen hatte.

Die Konzentration auf das Thema Steuersenkung scheint die Partei nach dem Regierungswechsel 1998 auf allen Ebenen inhaltlich ausgetrocknet zu haben. Daimagüler, der sich 2008 mehr Widerstand der FDP gegen die erneute Anti-Migranten-Wahlkampagne von Roland Koch gewünscht hatte, zitiert den damaligen Parteivorsitzenden Guido Westerwelle: „...er sagte mir irgendwann klar, ich solle mich nicht um solche Loser-Themen kümmern. Mit diesen Themen würde ich in der FDP keinen Blumentopf gewinnen.“ (Kubach 2011). Diese parteiinterne Sozialisation lässt sich auch an Philipp Rösler festmachen, der laut Journalisten zu Beginn seiner Amtszeit als Bundesgesundheitsminister Presseanfragen zu seinem



Migrationshintergrund gerne mal damit beantworten ließ, er sähe sich nicht als Migrant. Damit verkennt er den Umstand, dass in Deutschland mehrere Millionen Menschen leben, die unabhängig ihrer Selbstwahrnehmung als Migranten bezeichnet und auch als solche behandelt werden. Dies zu thematisieren wäre ein authentischer und neuartiger Ansatz für einen Spitzenpolitiker und eine liberale Partei gewesen.

Festzustellen bleibt: So „farbenblind“ wie die FDP sich gibt („Leistung zählt, nicht Herkunft“; Tören 2012) ist sie nicht. Das hat vor Kurzem der hessische Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn mit seiner irritierenden Bemerkung über Röslers asiatische Herkunft und die gesellschaftliche Akzeptanz bewiesen (Zeit 2013). Das ist umso bemerkenswerter, als dass sich Hahn schon aufgrund seines Ministeramtes anders artikulieren müsste. Auch Serkan Tören, integrationspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, ist in der Integrations- und Zuwanderungsdebatte kaum präsent. Zuletzt forderte er die Ausbürgerung von Salafisten (Welt 2012). Zumindest bei der Frage nach Röslers Herkunft scheint Hahn die Bevölkerung falsch eingeschätzt zu haben. Eine Umfrage der dpa stellt fest, dass nur 11 Prozent der Befragten ein Problem mit der ethnischen Herkunft von Philipp Rösler habe (Spiegel 2013). Hahn und Tören stehen mit ihren Aussagen für ein nüchternes, eher taktisches Verhältnis der FDP zum Thema Integration, das man „nebenbei“ gut mit den Themen Wirtschaft oder innere Sicherheit kombinieren kann. Die angesprochene Wählergruppe bleibt hierbei die Mehrheitsbevölkerung, nicht die Migranten.

Dabei gäbe es unter den migrantischen Wählern genügend Potenzial, das die FDP für sich gewinnen könnte. Dazu bräuchte sie nicht einmal von ihrer Stammklientel abzurücken, weil es inzwischen genug migrantische Selbstständige, aber auch Ärzte oder Anwälte gibt, die mit linker Politik wenig anfangen können. Die FDP hat es versäumt, sich für diese Wählergruppen als pragmatische und ideologiefreie Ergänzung zur CDU in Sachen Zuwanderung zu etablieren. Diese spezifische Wählergruppe der Migranten sieht sich selbst als Elite und akzeptiert im Allgemeinen die ethnisierende und teils herabsetzende Rhetorik der CDU gegenüber bestimmten Zuwanderergruppen nicht. In den letzten Jahren ist es der FDP sogar gelungen, sich bei der Migrantenansprache von der CDU überholen zu lassen. Inzwischen – möglicherweise schon zu spät – scheint der Parteivorsitzender Philipp Rösler dies bemerkt zu haben. Auf seiner Bundesparteitagsrede am 9. März 2013 thematisierte er seine eigene Herkunft, distanzierte sich von der Migrantenpolitik der CDU und forderte grundsätzlich die doppelte Staatsbürgerschaft (Migazin 2013). Es muss sich erst zeigen, ob dies nur Rhetorik zur bevorstehenden Bundestagswahl war oder ob sich dahinter ein ernst gemeinter programmatischer Wandel der FDP verbirgt.

### **Mehr Inhalte und Ergebnisse statt verschämter Schaufensterpolitik**

Wir sind in Deutschland an einem Wendepunkt: Die Zeit, in der man Wahlen auf Kosten von „Ausländern“ gewinnen oder sich die Stimmen der Migranten aufgrund struktureller Gründe sicher sein konnte, ohne ihnen Substantielles zu liefern, neigt sich dem Ende zu. Eine Entwicklung dahingehend, dass Parteien um migrantische Wähler konkurrieren müssen, ist wünschenswert. Es wäre auch ein Schritt hin zur Normalität, denn neben der Konfliktlinie Mono-Multikulturalismus als Präferenzfaktor unterscheiden sich migrantische Wähler in ihren politischen Entscheidungsmustern

nicht von Einheimischen. Noch aber sind wir nicht so weit, denn man kann zwar keine Wahlen mehr gegen Migranten gewinnen, mit ihnen aber auch noch nicht. Dafür sind die Wählerzahlen noch zu gering (was eine Eigenheit des Einwanderungslandes Deutschland mit seiner geringen Einbürgerungsquote ist) und die Parteien haben daher vordergründig wichtigere Zielgruppen und deren Interessen im Blickfeld. Es ist natürlich möglich, dass es Migranten der dritten und nachfolgenden Generationen geben wird, die gar keine migrantenspezifische Wahlpräferenzen mehr aufweisen. Aber darauf sollten sich die Parteien nicht verlassen, denn Wahrscheinlichkeit, Ausmaß und Zeitpunkt solcher Entwicklungen sind nicht vorhersehbar.

Die in diesem Text dargelegten Parteiprofile zeigen, dass die Parteien ihrer Aufgabe – im Sinne der Einbindung aller Bürger ins politische System – bei der politischen Repräsentation von Migranten nur zögerlich und ambivalent nachkommen. Mehr Repräsentation wäre kein Nullsummenspiel. Die migrantischen Wähler sind über alle Milieus und Lager verteilt und stellen ein Reservoir an politischen Personal und Mitgliedern an der Basis für jede der etablierten Parteien dar. So muss z.B. das Resultat der angestrebten „interkulturellen Öffnung“ des öffentlichen Dienstes gerade auf den höheren Ebenen unbefriedigt ausfallen, wenn gerade die Parteien, die relevant für viele Job-Zugänge im politisch-administrativen System sind, keine signifikante Zahl an Migranten in ihren Reihen aufweisen können. Neben fehlender Ansprache an Migranten oder Anreize für Parteien gibt es auch einen weiteren simplen Grund, warum sich Parteien intern mit Migranten schwertun: Wer bereits im System ist, möchte den Kuchen nicht mit Newcomern teilen. „Gerade deutsche Herren im gesetzten Alter blockieren die Aufstiegschancen türkischstämmiger Kommunalpolitiker – von dieser Erfahrung berichten viele Zuwanderer.“ (Schmitz 2011). So gesehen funktionieren Parteien auch nicht anders als Unternehmen oder andere Institutionen, in denen Platzhirsche ihr Revier verteidigen. Das zeigt auch der erschreckend niedrige Anteil an migrantischen Bundestagsabgeordneten von 3,2 Prozent (20 von 620, Stand 2009, Migazin 2009). In den 16 Landesparlamenten ist der Durchschnitt mit 3,3 Prozent nicht viel höher (61 von 1865, Stand 2011, Konferenz Integrationsminister 2013:310), was wohl auch – aber nicht nur – an den ostdeutschen Parlamenten liegen dürfte. Zumindest ist auf der Länderebene der Trend positiv, 2005 und 2009 betrug der Anteil nur 1,4 bzw. 2,0 Prozent (Konferenz Integrationsminister 2013:310)

Hier müssen die Parteien – insbesondere die beiden Volksparteien CDU und SPD – ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch gerecht werden, sowohl nach außen in die Öffentlichkeit und als auch nach innen an die Basis. SPD und CDU sind sich wahrscheinlich der Gratwanderung bewusst, auf die sie sich begeben, wenn sie eine notwendige, progressive und inhaltsvolle Migrantenansprache beginnen, während die Basis häufig eine andere Sicht der Dinge vertritt. Migranten werden häufig an der Basis ausgebremst und kommen nicht über die Ebene von Stadträten hinaus (Schmitz 2011). Eine weitere erschreckende Wahrheit enthüllte zudem eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Danach besitzen in Westdeutschland 20,8 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 24,1 Prozent der SPD-Anhänger eine ausländerfeindliche Einstellung (Grüne: 6,8 %, Linke: 19,6 %, FDP: 15,6 %). In Ostdeutschland sind die Werte noch viel höher (Decker 2012:44). Deutlicher tritt diese Einstellung bei den Zustimmungswerten zu den Thesen von Thilo Sarrazin zu Tage (zwischen 45 und 80 % Zustimmung je nach Partei, ZDF 2010).

Die Parteiführungen von SPD und CDU kennen diese Zahlen, wobei die SPD im Umgang mit ihrer Basis deutlich weniger Mut zeigt als die CDU. Die CDU dürfte zweifellos froh gewesen sein, dass mit Sarrazin der Schwarze Peter bei der SPD lag, den diese nicht los wurde oder aus taktischen Gründen nicht loswerden wollte. Die Geschichte der Querschüsse von Parteimitgliedern gegen eine glasklare SPD-Positionierung für die Interessen von Migranten scheint sich mit Heinz Buschkowsky (Thema doppelte Staatsbürgerschaft) jetzt zu wiederholen. Es ist anzunehmen, dass die Parteispitze gerade im Bundestagswahljahr erneut auf Konsequenzen verzichten wird, um weiterhin auch für „integrations-skeptische“ Wähler attraktiv zu bleiben (Bax 2013).

So haben SPD wie auch CDU zwar bei der Bundestagswahl 2009 um migrantische Stimmen geworben, allerdings möglichst unauffällig, um keine Stammwähler zu verschrecken (Ataman 2011). Diese „Undercover-Wahlwerbung“ wird sich 2013 wiederholen, wahrscheinlich mit einer Spur mehr migrantischen Gesichtern auf den Wahllisten und einer ein wenig stärker an migrantische Wähler abzielende Rhetorik. So hat Peer Steinbrück seinem Auftritt auf dem Sonderparteitag im April stellenweise einen migrantischen Spin gegeben (Wrusch 2013). Inzwischen rüsten CDU und SPD im Vorfeld der Bundestagswahl auf und versuchen, die in den Parteien vorhandenen Ressourcen publikumswirksam zu bündeln. Beispielhaft seien hier genannt: Das „Netzwerk Integration“ der CDU als Überbau und Kanalisierung der bereits existierenden migrantischen Parteivereinigungen und die Bundesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ bei der SPD.

Was aber fehlt, ist eine öffentliche Debatte über den existierenden Rassismus und die Diskriminierung von Zuwanderern in Deutschland. Ebenso fehlt die Diskussion darüber, in wie weit der Interessenvertretung von einem beträchtlichen Teil der (Wohn-)Bevölkerung überhaupt nachgekommen wird. Dies wäre insbesondere die Aufgabe beider Volksparteien. Gerade die Folgen von struktureller Diskriminierung wie auch der Alltagsdiskriminierung werden nicht thematisiert, schon gar nicht im Kontext von Integration, Zuwanderung oder Bürgergesellschaft (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012). Ein Eingeständnis dieser Probleme und die Erkenntnis, dass sich ein Land durch Zuwanderung immer verändert und sich dementsprechend Strukturen, traditionelle Wahrnehmungsmuster und die Ansprache an Zuwanderer ebenfalls ändern müssen, ist notwendig. Dies ist der aktuell praktizierten, teilweise verschämten Schaufensterpolitik vorzuziehen.

Die Parteien sollten sich zu allen migrantischen Wählern als einen Teil der Gesamtbevölkerung bekennen, deren Interessen einen legitimen Teil der gesamten Bevölkerungsinteressen darstellen. Es kann natürlich von Parteien nicht verlangt werden, sich ausschließlich um migrantische Interessen zu kümmern, sie müssen aber in der Lage sein, Interessen einzelner Migrantengruppen in ihre Programmatik einfließen zu lassen. Dies bedeutet in letzter Konsequenz die Anerkennung und Akzeptanz einer multiethnischen und teils multikulturellen Gesellschaft. Man stelle sich nur mal vor: Eine im Bundestag vertretene Partei würde gezielt die Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe wie z.B. Rentner, Familien, Arbeitslose, Frauen oder die Landbevölkerung als unwichtig darstellen oder diese gezielt in Stellung gegen die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen bringen. So eine Partei würde zurecht unserem Verständnis von einem demokratischen Akteur zuwiderlaufen und sich selbst in Legitimitätsnöte bringen.

## Quellen:

Ackeren, Margarete van: NRW-CDU wählt Muslimin statt Pantel auf Listenplatz 25, in: Focus Online, 16.03.2013, [http://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/tid-30109/vetternwirtschaft-gegen-nervensaege-die-nrw-cdu-streitet-fuenffache-mutter-oder-muslimin\\_aid\\_941054.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/tid-30109/vetternwirtschaft-gegen-nervensaege-die-nrw-cdu-streitet-fuenffache-mutter-oder-muslimin_aid_941054.html)

Ackeren, Margarete van: Potenzielle Wähler: CDU entdeckt im Wahlkampf ihr Herz für Zuwanderer, in: Focus Online, 20.11.2012, [https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-28198/partei-will-sympathischer-werden-potenzielle-waehler-cdu-entdeckt-im-wahlkampf-ihr-herz-fuer-zuwanderer\\_aid\\_864656.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-28198/partei-will-sympathischer-werden-potenzielle-waehler-cdu-entdeckt-im-wahlkampf-ihr-herz-fuer-zuwanderer_aid_864656.html)

Alberti, Stefan und Alke Wierth: Migranten sind Mangelware, in: taz, 05.05.2011, <https://www.taz.de/!70266/>

Alexander, Robin: Türkische Einwanderer wählen SPD oder Grüne, Die Welt, 18.03.2009, [http://www.welt.de/welt\\_print/article3395803/Tuerkische-Einwanderer-waehlen-SPD-oder-Gruene.html](http://www.welt.de/welt_print/article3395803/Tuerkische-Einwanderer-waehlen-SPD-oder-Gruene.html)

Alscher, Stefan: Staatsbürgerschaft – Bundesregierung und FDP einigen sich über Optionsmodell, in: Migration und Bevölkerung (MuB), Nr. 3, März 1999, [http://www.migration-info.de/mub\\_artikel.php?id=990301](http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=990301)

Alscher, Stefan: Zuwanderungspolitik der neuen Bundesregierung, in: Migration und Bevölkerung (MuB), Nr. 10, Dezember 2005, [http://www.migration-info.de/mub\\_artikel.php?id=051002](http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=051002)

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände, 2012, [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/expertise\\_ZfTI\\_wechselwirkung\\_zw\\_diskr\\_u\\_integrationsinfo.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/expertise_ZfTI_wechselwirkung_zw_diskr_u_integrationsinfo.pdf?__blob=publicationFile)

Ataman, Ferda: Wie die Parteien um Migranten werben, in: Zeit Online, 06.09.2011, <http://www.zeit.de/online/2009/36/fremde-stimmen>

Bax, Daniel: Blitzkarriere bei der CDU, in: taz, 05.12.2012, <https://www.taz.de/!106911/>

Bax, Daniel: Doppelpass ins Nichts, in: taz, 15.02.2013, <http://www.taz.de/!111084/>

Böcking, David: „Niemand liebt die Deutschen so wie die Türken“, in: FTD, 11.10.2010, <https://www.ftd.de/politik/deutschland/debatte-ueber-deutschenfeindlichkeit-niemand-liebt-die-deutschen-so-wie-die-tuerken/50181096.html>

Blome, N. und R. Schuler: Interview mit Volker Kauder, in: Bild, 04.02.2013, <http://www.bild.de/politik/inland/volker-kauder/sexismus-am-arbeitsplatz-ist-nicht-hinnehmbar-28374320.bild.html>

Bundeswahlleiter (Pressemeldung): 5,6 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund, 11.09.2009, [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/presse/59\\_Wahlberechtigte\\_Migrationshintergrund](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/59_Wahlberechtigte_Migrationshintergrund)

CDU: Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands, [http://www.cdu.de/partei/vorstand\\_11031.php](http://www.cdu.de/partei/vorstand_11031.php)

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Einladung zum Integrationskongress, 15.10.2008, <http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDAQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.cducsu.de%2FGetMedium.aspx%3Fmid%3D1433&ei=FmUnUYqVEc7otQbX6IGgAg&usq=AFQjCNEZ337nQnYmrKC4UQeFyxPFjY0IAg&bvm=bv.42768644,d.Yms&cad=rja>

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_12/mitte-im-umbruch\\_www.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf)

Denkler, Thorsten: Schön gucken, nichts sagen, in: 20.05.2010, SZ, <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-ayguel-oezkan-schoen-gucken-nichts-sagen-1.935875>

Fahrn, Joachim: Viele SPD-Wähler sind auf Sarrazins Seite, in: Morgenpost, 08.09.2010, <http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1391625/Viele-SPD-Waehler-sind-auf-Sarrazins-Seite.html>

Frigelj, Kristian: Mission Migrant in der CDU, in: Welt Online, 01.03.2013, [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article114027588/Mission-Migrant-in-der-CDU.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article114027588/Mission-Migrant-in-der-CDU.html)

Gathmann, Florian und Anna Reimann: Populismus-Offensive – Union macht auf Sarrazin, in: Spiegel Online, 10.03.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/populismus-offensive-union-macht-auf-sarrazin-a-750066.html>

Hanauer, Florian: Merkels Mädchen, in: Die Welt, 20.04.2010, [http://www.welt.de/welt\\_print/vermischtes/hamburg/article7255814/Merkels-Maedchen.html](http://www.welt.de/welt_print/vermischtes/hamburg/article7255814/Merkels-Maedchen.html)

Holland, C. und Felix Lee: SPD nach Sarrazin – Nur die Sozen brauchen Quoten, in: taz 03.05.2011, <https://www.taz.de/!70111/>

Joeres, Annika: Linke umwirbt Kurden, in: Frankfurter Rundschau, 25.08.2008, <http://www.fr-online.de/politik/waehlerpotenzial-linke-umwirbt-kurden,1472596,3405150.html>

Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (Hrsg.): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 2, Datenband. 2013, [http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/pdf/SP\\_Integrationsbericht-02-00\\_DE\\_2011\\_DT.pdf](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/pdf/SP_Integrationsbericht-02-00_DE_2011_DT.pdf)

Kroh, Martin und Ingrid Tucci: Parteibindung von Migranten, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/2009, [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.343350.de/09-47-3.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.343350.de/09-47-3.pdf)

Kubach, Felix: Interview mit Mehmet Daimagüler: „Ich will von Westerwelle Taten sehen“, in: Deutsch-Türkische Nachrichten, 06.07.2011, <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/07/132967/tuerkei-ich-will-von-westerwelle-taten-sehen/>

Kymlicka, Will: Multicultural Politics – Success, Failure, and the Future. Lecture and Panel Discussion, 14.11.2012 in Berlin, [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_36742\\_36814\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_36742_36814_2.pdf)

Lauer, Celine: die Aufsteigerin, in: Die Welt, 24.04.2010, [http://www.welt.de/welt\\_print/politik/article7313027/Die-Aufsteigerin.html](http://www.welt.de/welt_print/politik/article7313027/Die-Aufsteigerin.html)

Mileva, Milena: SPD im Sarrazin-Trauma, in: stern.de, 15.04.2011, <http://www.stern.de/politik/deutschland/waehler-mit-mitgrationshintergrund-spd-im-sarrazin-trauma-1683097.html>

Nolte, Barbara: Die politische Heimat, in: Der Tagesspiegel, 06.01.2013, <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-cdu-und-integration-die-politische-heimat/7592054.html>

Parteiengesetz (PartG): Gesetz über die politische Parteien, 23.07.2011, [http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/pg\\_pdf.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/pg_pdf.pdf)

Pergande, Frank: Das moderne Gesicht der CDU, in: FAZ, 26.04.2010, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ayguel-oezkan-das-moderne-gesicht-der-cdu-1968843.html>

Reinicke, Stefan: Ziemlich spät, sehr peinlich, in: taz, 03.05.2011, <https://www.taz.de/!70126/>

Roßler-Kreuzer, Herbert: Spalten statt versöhnen, in: Focus Online, 28.04.2011, [http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-22113/spd-gegen-sarrazin-spalten-statt-versoehnen\\_aid\\_622264.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-22113/spd-gegen-sarrazin-spalten-statt-versoehnen_aid_622264.html)

Roßmann, Robert: CDU entdeckt Migranten für sich, in: SZ, 23.11.2012, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-von-partei-vorstand-und-praesidium-cdu-entdeckt-migranten-fuer-sich-1.1531541>

Sarah, Kramer: Doppelpass auf Zeit, in: Der Tagesspiegel, 05.02.2013, <http://www.tagesspiegel.de/politik/doppelpass-auf-zeit/7733944.html>

Sattar, Majid: Spitze des Fortschritts, ganz dicht am Abgrund, in FAZ, 11.05.2011, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-migrantenquote-spitze-des-fortschritts-ganz-dicht-am-abgrund-1642813.html>

Schmitz, Johannes und Roland Preuß: Habt Ihr keinen Deutschen?, in: SZ, 09.03.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/migranten-in-der-politik-habt-ihr-keinen-deutschen-1.392763>

Schönwälder, Karen: Einwanderer in Räten und Parlamenten, in: APuZ 46-47, 2010, <http://www.bpb.de/system/files/pdf/WPRGPM.pdf>

Schönwälder, Karen, Cihan Sinanoglu und Daniel Volkert: Vielfalt sucht Rat – Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. 2011, [http://www.boell.de/downloads/2011-12-Vielfalt\\_sucht\\_Rat.pdf](http://www.boell.de/downloads/2011-12-Vielfalt_sucht_Rat.pdf)

Sey, Cem und Felix Lee: Linkspartei lernt Türkisch, in taz, 02.07.2005, <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2005/07/02/a0250>

Sey, Cem: PDS sucht türkische Migranten, in taz: 02.07.2005, <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2005/07/02/a0103>

Sinus Sociovision (Hrsg.): Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland, 09.12.2008, [http://www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus\\_Zentrale\\_Ergebnisse\\_09122008.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf)

SPD: Parteivorstand, <http://www.spd.de/partei/Organisation/1610/parteivorstand.html>

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einbürgerungen 1990 bis 2011, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/EingeburgertePersonen/Tabellen/EinbuengerungenEinbuengerungsquoteLR.html>

Tören, Serkan: Geh Deinen Weg – Leistung zählt, nicht Herkunft, 14.09.2012, <http://www.fdp-fraktion.de/Pressemitteilungen/742c36/index.html?id=17657&suche=Sport>

Tzschätzsch, Julia und Florian Blank: Was sind Parteien? – Bedeutung und Funktionen, in Bundeszentrale für politische Bildung online, 28.08.2009 <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/was-sind-parteien?p=all>

von Törne, Lars: Türkisch, links: Einer für die Zielgruppe – Hakki Keskin gilt jetzt als Hoffnungsträger, in: Der Tagesspiegel, 15.09.2005, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/tuerkisch-links-einer-fuer-die-zielgruppe-hakki-keskin-gilt-jetzt-als-hoffnungstraeger/642220.html>

Weckwerth, Christopher: Der Streit um den Doppelpass, in: Zeit Online, 04.03.2013, <http://www6.lexisnexis.com/publisher/EndUser?Action=UserDisplayFullDocument&orgId=102652&topid=169130015&docId=1852596434&Em=7&start=12>

Wirminghaus, Niklas: „SPD könnte nach links verlieren“, in: taz, 28.04.2011, <https://www.taz.de/!69807/>

Wrusch, Paul: Peer versucht den Neuanfang, in: taz, 14.04.2013, <http://www.taz.de/Sonderparteitag-der-SPD/!114525/>

Wüst, Andreas M.: Dauerhaft oder temporär: Zur Bedeutung des Migrationshintergrundes für die Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, 2011.

Wüst, Andreas M.: Wahlen und politische Repräsentation, in: Meier-Braun, Karl-Heinz und Reinhold Weber (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland – Begriffe, Fakten, Kontroversen. 2013 (noch unveröffentlicht).

ZDF-Wahlbarometer, 10.09.2010, Slide Nr. 11,  
[http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?2010\\_09\\_10](http://wahltool.zdf.de/Politbarometer/mediathekflash.shtml?2010_09_10)

#### *Quellen ohne Autorenangabe*

FDP-Politiker will deutsche Salafisten ausbürgern, in Welt Online, 10.05.2012,  
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article106284687/FDP-Politiker-will-deutsche-Salafisten-ausbuergern.html>

Grünen-Chef Özdemir zieht nicht in Bundestag ein, in: Die Welt, 27.09.2009,  
<http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4649498/Gruenen-Chef-Oezdemir-zieht-nicht-in-Bundestag-ein.html>

Nach Rassismusvorwurf: Mehrheit hat kein Problem mit Röslers Herkunft, in: Spiegel Online, 13.02.2013, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rassismusvorwurf-mehrheit-hat-kein-problem-mit-roeslers-herkunft-a-883022.html>

Philipp Rösler – Entscheidend ist nicht, woher jemand kommt, sondern was er erreichen möchte, in: Migazin, 12.03.2013, [http://www.migazin.de/2013/03/12/philipp-roser-entscheidend-ist-nicht-woher-jemand-kommt-sondern-was-er-erreichen-moechte/?utm\\_source=feedburner&utm\\_medium=feed&utm\\_campaign=Feed%3A+migazin+%28MiGAZIN%29](http://www.migazin.de/2013/03/12/philipp-roser-entscheidend-ist-nicht-woher-jemand-kommt-sondern-was-er-erreichen-moechte/?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+migazin+%28MiGAZIN%29)

Rassismus-Vorwürfe gegen FDP-Landeschef Hahn, in: Die Zeit, 07.02.2013,  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/hahn-roesler-rassismus>

Senioren-Union will Migranten das Kindergeld streichen, in: Handelsblatt, 29.10.2010,  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/integrationspolitik-senioren-union-will-migranten-das-kindergeld-streichen/3577270.html>

Stoiber „geschmacklos sondergleichen“, in: Zeit Online, 11.08.2005,  
[http://www.zeit.de/2005/33/stoiber\\_ostdeutschland](http://www.zeit.de/2005/33/stoiber_ostdeutschland)

Wahlen 2009 - 20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund, in: Migazin, 29.09.2009,  
<http://www.migazin.de/2009/09/29/20-bundestagsabgeordnete-mit-migrationshintergrund/>

Hintergrundgespräche mit Journalisten und Personen aus verschiedenen Parteien.

*Der Autor bedankt sich bei Dr. Andreas Wüst und Dr. Franco Zotta für ihre vielen hilfreichen Rückmeldungen. Dieser Artikel wird im 4. Quartal 2013 in der Publikation der Bertelsmann Stiftung „Vielfältiges Deutschland – Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft.“ erscheinen.*

Dr. Orkan Kösemen ist Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung im Bereich Integration und Demokratie. Er hat Politikwissenschaft in Münster und Prag studiert und in Berlin über institutionellen Wandel in Osteuropa im Rahmen des EU-Beitritts promoviert. Bei der Bertelsmann Stiftung leitet er das Leadership-Programm für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen und beschäftigt sich mit den Themen Zuwanderung, Migrationspolitik und Interessenvertretung sowie Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Publikationen, für die er in der Bertelsmann Stiftung verantwortlich war, sind u.a. „Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern (2012)“, „Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration (2011)“ und „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“ (2009).